

erhält jährlich
im Stadt, Ditz-
und Nagold-
...
12.40, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Feiertage.

Geegründet 1877.



Die Anzeigen
...
Kreuzung und Kan-
...
Kreuzung

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Die heutige Nummer unseres Blattes umfasst 12 Seiten.

Zur Lage.

In zwei süddeutschen Staaten sind am 12. Januar, zum ersten Mal in der Wahlgeschichte dieser Länder an einem Sonntag, die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung vorgenommen worden: in Württemberg und Bayern. Die Wahlen in Württemberg hatten ein Ergebnis, das demjenigen in Baden am 5. Januar in der Hauptsache recht ähnlich ist. Kennzeichnend ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf Kosten der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums, dessen Wählerzahl verhältnismäßig gleich geblieben ist; die Zahl aller Wahlberechtigten zur Landesversammlung ist gegenüber den Wahlen von 1912 um etwa 2,7 Prozent gestiegen und um ebenso viel hat sich die diesmalige Stimmenzahl des Zentrums gegen jene Wahl vermehrt. Weitans die stärkste Partei der Landesversammlung wird die der Mehrheitssozialdemokratie sein, die 52 Mandate oder 34,6 Prozent aller Sitze erobert hat. Aber sie verfügt doch nur über ein starkes Drittel aller Stimmen der Versammlung. Am nächsten kommt ihr die Deutsche demokratische Partei mit 38 Abgeordneten oder 25,3 Prozent, dann folgt das Zentrum mit 31 Abgeordneten (rund 20,6 Prozent), die Bürgerpartei mit dem Bund der Landwirte und Bergarbeiter, da deren Wählerlisten verbunden waren, mit 25 Mandaten (16,6 Prozent) und in weitem Abstand die Partei der Unabh. Sozialdemokraten mit 4 Mandaten (2,6 Prozent). Die übrigen Aufreiter, die von den Unabhängigen in Stuttgart in voriger Woche in der Absicht, die Wahl überhaupt unmöglich zu machen, in heller Verblendung verübt worden sind, haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, ihre Reihen zu stärken, ganz abgesehen von dem Widerspruch, Wahlen hintertreiben zu wollen und sich doch an ihnen zu beteiligen. In der Landesversammlung werden die freien Berufe (Rechtsanwälte, Parteisekretäre, Schriftsteller usw.) 47 Abgeordnete haben, Staats- und Gemeindebeamte, Geistliche und Lehrer 44, die Landwirte 17, die Arbeiterchaft 17, Industrie, Gewerbe und Handel 16, das Handwerk 4. Auch 13 Frauen werden in der Landesversammlung sitzen und zwar von der Deutschen Partei 5, von der Sozialdemokratie 4, vom Zentrum 3 und von den Unabhängigen 1. Voraussichtlich werden der Präsident der sozialdemokratischen, die Vizepräsidenten der demokratischen und der Zentrumspartei entnommen. Die Eröffnung der Versammlung findet am 23. Januar nachmittags 4 Uhr statt.

In Bayern hat die Feststellung des Wahlergebnisses wegen der ziemlich unähnlichen Wahlart einige Tage in Anspruch genommen und es ist auch jetzt noch unvollständig, da die Rheinpfalz erst am 2. Februar wählen kann. Einschließlich der Pfalz sind 163 Abgeordnete zu wählen, wozu noch 17 Landesabgeordnete kommen, die nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt werden. Im rechtsrheinischen Bayern stelen nun einschließlich der Landesabgeordneten auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 68, auf die Mehrheitssozialisten 51, auf die Deutsche Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 22, auf den Bayer. Bauernbund 17, auf die Nationalliberalen und Bayer. Mittelpartei (Konservative und Bund der Landwirte) 5 — nicht 10, wie der Telegraph zuerst irrthümlich gemeldet hatte —, auf die Unabh. Sozialdemokraten 3 Mandate. Auf das Zentrum entfallen demnach bis jetzt 36,3 Prozent (1912 43 Prozent), Sozialdemokratie 31,7 (27), Deutsche Volkspartei 14 (21), Bauernbund 10,9 (4), Nationallib. und Mittelpartei 3,7 (5) und die Unabhängigen 2,6 (—) Prozent der Stimmenzahl. Das Zentrum hat seine absolute Mehrheit verloren, aber auch die Sozialdemokratie wird selbst im Falle einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei nicht die Mehrheit haben. Die ausschlaggebende Stellung nimmt der Bayer. Bauernbund ein, der in verfassungspolitischen Fragen ebenso weit links wie in kulturpolitischen und namentlich wirtschaftlichen Fragen rechts steht. Daraus ergibt sich eine eigenartige Kombination, eine bayerische Spezialität.

Am 19. Januar wird ganz Deutschland zur Wahlurne schreiten, um die vielbegehrte und vielumstrittene Deutsche Nationalversammlung auf die Beine zu bringen. Es werden nicht mehr so viele Parteien auftreten wie früher. Die verschiedenen rechtsstehenden Parteien haben sich zur Deutsch-nationalen Volkspartei — in Württemberg Württ. Bürgerpartei — vereinigt, daneben geht in

Norddeutschland die Deutsche Volkspartei (Nationalliberalen), die Linksliberalen und Fortschritt. Volkspartei erscheinen als Deutsche demokratische Partei (in Bayern Deutsche Volkspartei, die nicht mit der gleichnamigen Partei der Nationalliberalen in Norddeutschland zu verwechseln ist), das Zentrum heißt Christliche Volkspartei, und die Sozialdemokratie erscheint in doppelter Gestalt als Mehrheitssozialisten und Unabhängige. Die Trennung vollzog sich belanntlich erst während des Kriegs. Beide Parteien werden getrennt vorgehen. Die Sozialisten wollen sich anscheinend an der Wahl nicht beteiligen, was von ihrem Standpunkt aus wenigstens folgerichtig wäre. Im ganzen werden etwa 2500 Kandidaten aufgestellt sein, von denen 433 gewählt werden. Von den bürgerlichen Parteien haben die Deutsch-Nationalen, Nationalliberalen und Zentrum vielfach ihre Listen verbunden, die demokratische Volkspartei und die Sozialdemokraten gehen für sich allein vor. Die französische Diktatur hat Elsaß-Lothringen die Wahlberechtigung nicht gestattet, die 12 reichsständischen Abgeordneten werden also in Begall kommen. Wie es in Posen, das die Polen „verwalten“, sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Wahrscheinlich wird auch auf die seitherigen 18 polnischen Vertreter des Reichstags verzichtet werden müssen.

In Baden, Württemberg und Bayern sind die Wahlen zu den Landesversammlungen ohne Störungen verlaufen. Freilich, an Versuchen dazu hat es bis zum Vorabend nicht gefehlt, in Stuttgart und München ist sogar nicht wenig Blut geflossen. Aber als die Söldnertruppen merken, daß die Regierungen auch Ernst machen können, da stehen sie es auf weitere Gebalddrohben lieber nicht ankommen und verhalten sich über die Wahl ruhig. Die Hauptaufwiegler sind wenigstens zum Teil vorläufig hinter Schloß und Riegel gesetzt, bis ihre erhitte Blut sich wieder etwas beruhigt. Offenlich kann auch die Wahl zur deutschen Nationalversammlung ruhig vor sich gehen. In Berlin ist der Hauptstempel der Gegenrevolution so ziemlich unterdrückt und der Sozialismus hat eine schwere und blutige Niederlage erlitten. Aber tot ist er nicht. Er wird jede Gelegenheit benutzen, um den glühenden Funken wieder zur lebenden Flamme anzufachen und wo es irgend möglich ist, auch die Wahlen zu hintertreiben. In Berlin wird es wohl kaum gelingen. Da hat man 5 Divisionen von auswärts herankommen lassen und die Berliner Garnison hat sich endlich auch auf die Seite der Reichsregierung gestellt, als sie sah, daß es mit der Herrschaft der Sozialisten zu Ende gehe. Der Hauptführer Liebknecht ist auf der Flucht erschossen worden und an der „Blutigen Noth“ hat eine emvödete Reichsmenge barbarische Lynchjustiz geübt. Aber im Lande Braunschweig, in Düsseldorf, Bremen, in der neuesten „Republik Cuxhaven“ und in einigen anderen Städten über die Sozialisten noch ihre uneingeschränkte Gewalt herrschaft aus und es ist wahrscheinlich, daß sie es dort nicht zum Wählen kommen lassen.

Es muß doch aber endlich einmal wieder zu geordneten und geistlichen Verhältnissen im Reich kommen. Sollen wir denn weiter von Oßen, Polen und Tschechen Schindluder mit uns treiben lassen? Leider erfährt man über die trostlose Lage im Osten immer noch blutwenig, und was trostlosweise amtlich bekannt gegeben wird, das ist meist unverständlich. Endlich hat man erfahren, daß die Polen die preussische Provinz Posen in polnische Verwaltung genommen haben. Das ist aber schon vor einiger Zeit geschehen, denn schon vor 14 Tagen wurde in einer an Nationalität grenzenden amtlichen Meldung ganz kurz mitgeteilt, der Oberpräsident und der Regierungspräsident von Posen seien „zurückgetreten“. Sie sind von den Polen davongeejagt worden. Eine Handvoll deutscher Freiwilligen liefert den polnischen Heeren da und dort verweselte Gesichte, die eigentlichen Truppen aber führen sich nicht oder vertweigern den Dienst, wie nun leider aus einem Bericht der Obersten Heeresleitung bekannt wird. Die deutschen Besatzungstruppen im fernem Osten sind von der Heimkehr auf dem Landweg abgeschnitten, werden von dem feindlichen Gesindel oft bis ans Hemd ausgeraubt und müssen die gnädige Heimbeorderung von unseren Feinden erbetteln. Die Reichsregierung hat nun wohl einen Anruf zur Bildung von Freiwilligenkorps zum Schutz der Osgrenzen und zur Hilfe für die abgeschnittenen Kameraden erlassen, aber viel Erfolg scheint der Anruf nicht gehabt zu haben. Sind denn für diese doch nicht ganz unwichtigen Zwecke keine regulären Truppen in Deutschland mehr aufzutreiben? Die Nationalversammlung wird da doch der Sache auf den Grund gehen müssen, wenn es nicht zu spät ist.

Sie soll am 6. Februar einberufen werden und wird ihre eigentliche parlamentarische Tätigkeit wohl kaum vor Mitte Februar beginnen können.

Auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung warten die Nationalversammlung schon zwei wichtige Entwürfe: die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Abgabe von Vermögenszuwachs während des Kriegs. Der erstere Entwurf kommt nur in Betracht, wenn die von der Regierung in erster Linie ins Auge gefaßte allgemeine große Vermögensabgabe von der Nationalversammlung abgelehnt würde. Dann würde im Anschluß an die gleiche Besteuerung im Vorjahr von dem im letzten Kriegsjahr erzielten Mehrerwerb (gegenüber dem letzten Friedensjahr) eine Abgabe von 5 bis 50 vom Hundert je nach Höhe des Mehrerwerbens erhoben und davon vom Vermögen eine Abgabe von 1 bis 5 vom Tausend. Da aber kaum zu bezweifeln ist, daß die allgemeine Vermögensabgabe die Zustimmung der Landesversammlungen findet, dürfte die Neuauflage der vorjährigen Kriegsteuer entfallen. Wichtiger ist das Gesetz über die Abgabe vom Vermögenszuwachs oder dem Kriegsgewinn. Hier sind die Steuerentwürfe für größere Gewinne bereits gestoffelt, daß tatsächlich der ganze Kriegsgewinn, und wenn er viele Millionen beträgt, in den Reichsschatz wandert, — wenn noch etwas zu finden ist. Der Kriegsgewinn, vom Jahr 1914 bis 1918 gerechnet, wird in der Höhe von 10000 bis 500000 mit einer stufenweise steigenden Abgabe von 10 bis 80 vom Hundert belastet. Jeder Betrag, der über 500000 Mark hinausgeht, muß bis auf den letzten Pfennig an die Reichskasse abgeführt werden. Hat jemand 10000 Mark Kriegsgewinn d. h. einen um so viel über einen gewissen Geschäftsertrag im Friedenszeiten übersteigenden Gewinn gemacht, so bezahlt er 10 Prozent oder 1000 Mark an die Reichskasse, bei 100000 Mark 30/500 Mark, bei 200000 Mark 40/500 Mark, von 3 bis 500000 Mark 80 Prozent, also bei einem Gewinn von 500000 Mark 300/500 Mark, es bleiben dem Kriegsgewinnler also, da, wie bemerkt, jeder Gewinn von 500000 Mark ab höher ganz abgefertigt werden muß, im höchsten Fall 199/500 Mark, einerlei ob er einen Gewinn von 500000 Mark oder 50 Millionen Mark hat. Anschaffungen von Wertgegenständen über 50000 Mark werden in den Gewinn eingerechnet, müssen also ebenfalls entsprechend versteuert werden. So steht die Sache auf dem Papier. Wie es in Wirklichkeit ist, ist eine andere Frage. Zwar trifft das Gesetz Vorkehrungen gegen den Versuch, Vermögensteile auf die Seite zu schaffen und der Abgabe zu entziehen, aber es wird da in vielen Fällen gehen wie bei den Verordnungen gegen das Hansfieren und die Schwarzschlachtungen. Die einen erwischt man, die anderen nicht, und diese letzteren brauchen nicht gerade immer die Unbedeutenden zu sein. Sodann aber darf nicht übersehen werden, daß ein großer Teil wenigstens der in d u r r i e l l e n Kriegsgewinne durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die erhöhten Löhne — was bei Krupp z. B. eine tägliche Belastung von 1 1/2 Millionen ausmacht — ausgezehrt worden ist. Beim Ertrag der Kriegsgewinnabgabe für das Reich wird das sehr ins Gewicht fallen.

In Trier sind am 15. Januar die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands um einen Monat bis zum 17. Februar geführt worden. Staatssekretär Erzberger überreichte dem Marschall Foch einen schriftlichen Protest gegen die übertriebenen, unerfüllbaren Forderungen der Verbündeten und die unmensliche Behandlung Deutschlands. Aber genügt hat der Protest nicht viel. Die Galgenfrist von einem Monat mußten wir, wie zu erwarten war, sehr teuer erkaufen. Zur „Strafe“, daß wir das Eisenbahnmateriale nicht vollständig zur rechten Zeit in tadellosem Zustand — nach 4 1/2-jährigem Kriegesgebrauch! — abgeliefert haben, müssen wir weitere 500 Lokomotiven und 19000 Wagen (zu den ersten 5000 Lokomotiven und 150000 Wagen hin) hergeben. Da aber die Verbündeten auch Menschen sind, so wollen sie, da sie die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser neuen Auflage einsehen, ein weiteres tun und in ihrer Herzengüte uns gestatten, die 500 Lokomotiven und 19000 Wagen durch landwirtschaftliche Maschinen zu ersetzen, nämlich durch 400 vollständige Dampfpflüge mit allem, was dazu gehört, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Grabpflüge, 12500 Eggen, 6500 Wefferegen, 2500 Stahlmalzen, 2500 Großflüß (Wendeln), 2500 Grahmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Bindmäher — alles in tadellosem Zustand. Mit anderen Worten, es soll nicht nur unser Eisenbahnwesen ruiniert, sondern auch die Land-

...sollt man nicht aufpassen werden. Die abverkauften Maschinen werden schwer aufzutreiben sein, und mit welchen Hilfsmitteln sollen dann unsere Landwirte arbeiten? Die Betriebe sind ohnedies in Beziehung auf Geräte, Düngung usw. der Nachhilfe bedürftig. Neue Maschinen werden erst nach einiger Zeit zu beschaffen sein; es muß eben so viel Dringendes neu beschafft werden und dazu nimmt oder verweigert uns der Feind die Rohstoffe. Und was werden die neuen Maschinen kosten! Es geht gar nicht anders, als daß sie samt und sonders vom Reich beschafft werden. Die Landwirtschaft ist dazu von sich aus außerstande, es wäre auch eine Ungerechtigkeit, die Kosten der Verlängerung des Waffenstillstands die Landwirtschaft bezahlen zu lassen. Die Grobkauf unserer Feinde, das muß man sagen, kann einem das Blut in den Adern erstarren machen. Nebenbei wird auch das rechtsrheinische Gelände von Straßburg besetzt und die neutrale Zone entsprechend weiter ins Badener Land heringehoben. Einige andere Bestimmungen räumen dem Feind weitere Gelegenheiten, sich in deutsche Besitztümer einzumischen, ein. Die Forderungen sind von der deutschen Kommission angenommen und der Vertrag am Donnerstag nachmittag unterzeichnet worden. An Verhandlungen will Marschall Koch, wie Staatssekretär Erzberger mitteilte, für Frankreich „nur“ 30, für Belgien 20 Milliarden Mark verlangen. Wie wir das bezahlen sollen, ist vorläufig noch nicht ganz klar.

Liebnechts Ende.

Berlin, 17. Jan. Ueber den Tod Liebnechts und Rosa Luxemburgs wird gemeldet: Liebnecht war am Mittwochabend in Wilmersdorf bei einer bestimmten Familie verhaftet worden. Da der Verhaftete leugnete, Liebnecht zu sein, wurde er nach dem Edenhof zu einer dort stehenden Wache gebracht. Auch dort schwang die Feststellung nicht in vollem Umfang. Aus diesem Grund sollte er in einem Auto zum Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Dieses Auto erlitt im Tiergarten einen Schaden. Es herrschte bereits vollständige Dunkelheit, und die Soldaten fragten Liebnecht, ob er warten wolle, bis das Auto wieder in Ordnung sei, oder ob er zu Fuß gehen wolle. Er entschied sich für das Letztere. Auf diesem Wege machte Liebnecht mitten im Tiergarten einen Blutvergiß. Die ihn begleitenden Wachmannschaften forderten ihn dreimal zum Stehen auf und schossen dann in das Dunkel hinein. Eine dieser Kugeln hat Liebnecht tödlich getroffen.

Während Liebnecht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach dieser Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Eine Menschenmenge, die sich vor dem Hause angesammelt hatte, stürzte sich auf sie und schlug sie nieder. Bewußtlos wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um die Bewußtlose fortzubringen, sprang ein Mann auf das Trittbrett und gab dabei einen Schuß auf die Bewußtlose ab. Als der Wagen sich dem Tiergarten näherte, stürzte sich die Menge auf das Auto, riß Frau Luxemburg aus dem Auto heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist noch nicht festgestellt, ob Rosa Luxemburg befreit bzw. auf die Seite geschafft werden sollte oder ob die Leiche in den nahen Landwehrkanal geworfen worden ist. Bis jetzt ist die Leiche noch nicht gefunden. (Rosa Luxemburg war eine russische Jüdin, die wegen nihilistischer Umtriebe in früheren Jahren von der russischen Polizei verfolgt wurde. Sie floh nach Deutschland und heiratete, um nicht ausgewiesen zu werden, einen Arbeiter namens Lösch, von dem sie sich

aber gleich nach der Ziviltrauung wieder trennte, auch den Namen Lösch legte sie alsdann ab. In der sozialistischen Bewegung Deutschlands vertrat sie mit Liebnecht, Anita Augspurg, Clara Zetkin u. a. den äußersten linken Flügel.)

Gestern mittag fand eine gemeinsame Besprechung des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralkomitees betreffs der durch den Tod Liebnechts und Rosa Luxemburgs geschaffenen Lage statt. Die Vorgänge wurden scharfsinnig beurteilt und Unternehmung sowie strenge Verurteilung der etwaigen Schuldigen befohlen.

Berlin, 16. Jan. Die Gardeavallierischüppendivision teilt mit: Zur Feststellung, ob die Führer der Begleitmannschaft von Dr. Liebnecht und Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaften der Frau Luxemburg befehlende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis festgelegt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg nicht das Publikum von dem Wasse Gebrauch gemacht hat.

Die „Post“ schreibt: Liebnecht und Rosa Luxemburg haben auf das denkbar schwerste gesündigt. Ueber ihre Verurteilung hätte nur ein ordnungsmäßiges Gericht entscheiden dürfen.

Die „Berliner Morgenpost“ schreibt: Die Behandlung, die Liebnecht widerfahren ist, mag verdammenswert sein und erst recht ist das Vorgehen der erregten Menge gegen Rosa Luxemburg auf das Schärfste zu mißbilligen. Aber die einfachste Gerechtigkeit gebietet auch hervorzuheben, daß beide eine ungeheure Blutschuld auf sich geladen hatten. Scheidemanns erste Regierungshandlung im Kabinett des Prinzen Max war, daß er die Befreiung der Beiden durchsetzte. Sie haben ihm das schlecht vergolten. Ein so tolles Benehmen, wie sie von der Stunde ihrer Entlassung ab bis in die letzte Woche hinein gezeigt haben, kann sich keine Regierungsgewalt bieten lassen.

Neues vom Tage.

Trier, 17. Jan. Staatssekretär Erzberger berichtet: Als die von Erzberger überreichte Protestnote gegen willkürliche Verletzungen der Abmachungen durch die Verbandsbeauftragten verlesen und abschrittweise vom Dolmetscher überfetzt wurde, hörte Marschall Koch gespannt zu. Schließlich sagte er, er sei ganz überrascht, daß von ihm (Koch) gegebene Zusagen nicht gehalten worden sein sollen. Er verlange ganz genaue Angaben. Erzberger erwiderte, er habe durch General Winterfeldt dem französischen Bevollmächtigten in Spa, General Dubant, täglich eine Menge von einzelnen Beschwerden, so über die Regelung des deutschen Eisenbahnverkehrs, zwecks Weitergabe an Koch zu stellen lassen; wenn Koch davon keine Kenntnis erhalten habe, so seien die Angaben eben nicht weitergegeben worden. Koch verlangte weitere Einzelheiten, worauf Erzberger versprach, soweit es in Trier möglich sei, sofort Material zusammenstellen und nachmittags dem franz. General Bergand überreichen zu lassen.

Erleichterungen.

Berlin, 17. Jan. Der „Vorwärts“ berichtet, die feindlichen Generale der Waffenstillstandskommission haben sich veranlaßt gesehen, in der Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen Erleichterungen zuzugestehen. — Man wird gespannt darauf sein dürfen, in was die Erleichterungen bestehen.

Wahlrede Scheidemanns.

W. M. Kassel, 17. Jan. Gestern sprach der Volksbeauftragte Scheidemann in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Kassel. Ueber den Tod Liebnechts und der Rosa Luxemburg sagte er, der bellagerte Vorfall müsse aufgeklärt werden und wenn sich irgendwo eine Schuld ergebe, werde strenge Strafe folgen. Er (Scheidemann) müsse im Amt bleiben, denn ein Regierungswechsel würde den Untergang des Landes bedeuten. Das Volk würde eine Spartakusregierung keine 24 Stunden ertragen. Die neuen schweren Waffenstillstandsbedingungen werden Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zur völligen Ohnmacht verurteilen. Wenn die Ententemächte glauben, Deutschland für alle Zeiten ruiniert zu müssen, so mögen sie auch selber die Verantwortung tragen. Ein hungerndes Deutschland sei der Boden, über den die bolschewistische Welle hinweggehe, ohne auf den Grenzen Frankreichs und Englands halt zu machen. Die deutsche Friedensabordnung werde nach dem Beschluß der Regierung von Graf Brockdorff-Rantzau und Scheidemann geführt, um der Welt zu zeigen, daß im sozialistischen und demokratischen Deutschland ein neues Regiment herrsche. Für die deutsche Abordnung werde nur das Wilsonsche Programm in Frage kommen.

Berlin, 17. Jan. Wie wir zuverlässig hören, hat sowohl das Reichswirtschaftsamt wie das Reichsernährungsamt die neuen Bedingungen der Entente für die Verlängerung des Waffenstillstands, soweit sie die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betreffen, für undurchführbar erklärt. Die Aufgabe der deutschen Friedensabordnung.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsregierung hat in ihrer letzten Sitzung die Richtlinien der unter Führung Scheidemanns und des Staatssekretärs Grafen v. Brockdorff-Rantzau zu bildenden Abordnung für den Friedenskonferenz aufgestellt. Danach stellt sich die deutsche Abordnung auf den Standpunkt des Wilsonprogramms. Sie wird sich der Fortführung des Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Es soll auf eine möglichst gleichmäßige Regelung der Frage des Arbeitsschutzes und der Arbeitsversicherung auf der Grundlage der vom letzten internationalen Kongress gefassten Beschlüsse in allen Staaten gedrungen werden. Ein weiterer Punkt betrifft die gegenseitige Abrüstung, die von Deutschland nach dem Waffenstillstandsvertrag bereits vollzogen ist. Ferner wird die Freigabe der deutschen Geislingen und die Herausgabe der Kolonien im Rahmen des Wilsonschen Programms verlangt werden. In Europa und Vorderasien wird der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt, aber ebenso zugunsten des deutschen Volkes besonders für Maß-Vorkommen und in der vorläufigen Frage beantragt. Mit allen Kräften soll für die Errichtung des Völkerbundes und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingetreten werden.

Durchführung der russischen Vorklage.

Berlin, 17. Jan. Gestern durchführte eine Patrouille die russische Vorklage. Unter Mitwirkung eines zur Verstärkung herbeigerufenen Zuges von 50 Mann des Franzeregiments drangen die Soldaten in die Vorklagestränge ein und fanden hier vier Kisten, welche in einem der Säle beim Abendrot saßen. Große Mengen von Lebensmitteln wie Fleisch, Konserven, Wurst, Käse, Zucker im Werte von etwa 15.000 Mk. wurden vorgefunden. Ferner tausende von russischen Zigaretten und zahlreiche Pakete mit Tabak, auch große Geldbeträge.

Politische Briefe an meine Tochter.

Den 20. Dezember 1918.

Liebe Elsie!

Du meinst, es gebe jetzt nur noch zwei Parteien, eine sozialdemokratische und eine demokratische, alles andere habe sich mit der letzteren zusammengehangen; und fragst: Was für Ziele hat die Demokratie und was für die Sozialdemokratie? Du hast recht, wenn Du der Ansicht bist, daß es wegen des Wählens notwendig sei, daß man darüber unterrichtet ist. Zweimal notwendig ist es für Frauen, weil diese sich im großen Ganzen um Politik nicht gekümmert haben, da es eine Männer Sache war. Jetzt haben die Frauen wie die Männer das Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahr an. Sie haben es aber nicht auf geschicktem Wege erhalten, sondern durch eine historische Maßnahme der sozialdemokratischen provisorischen Regierung. Es kann also wohl sein, daß die Sache in der neuen Verfassung eine Änderung erfährt, wenn auch das Wahlrecht der Frauen zweifellos bleiben wird. Daher ist es notwendig, daß die Frauen über die politischen Parteien aufgeklärt werden, dies noch ganz besonders aus dem Grunde, weil sie mit einer der Parteien wählen müssen, also nicht einen oder einige beliebige Namen ansuchen und auf den Stimmzettel schreiben dürfen, sondern einen von einer anerkannten Partei ausgehenden Stimmzettel ohne irgend welche Abänderung in die Wahlurne legen müssen. Die neue Wahlform heißt Verhältniswahl. Sie ist in Württemberg als Proportionswahl („Proport“) schon neben der früher üblichen bei der letzten Landtagswahl (ich meine im Jahr 1911) angewendet worden. Man will damit erreichen, daß auch Minderheiten ihre Vertreter für den Land- oder Reichstag erhalten können. Denke Dir einen Wahlbezirk, worin zwei Parteien für ihren Kandidaten (Bewerber um das „Mandot“) — den Austrag, den Bezirk im Reich- oder Landtag vertreten zu dürfen) je fünf Stimmen abgegeben, daß es zur Stichwahl kommt, dann wird bei der Stichwahl derjenige, der die meisten Stimmen, die „absolute Mehrheit“) für sich hat, der Volksvertreter oder „Abgeordnete“ werden. Die eine Partei hat dann gestimmt und die andere Partei ist ohne Vertreter. Geht es so durchs ganze Land-

oder Reich, so ist die Anzahl der Wähler sämtlicher Minderheiten, die zusammengenommen der Mehrheit nahezu gleichkommen kann, im Parlament nicht vertreten. Die Verhältniswahl heuert diesem Mangel dadurch, daß sie sich aufs ganze Land oder Reich bezieht, nicht nur auf den einzelnen Wahlkreis. Man hat daher auf seinem Stimmzettel nicht nur einige oder wenige, sondern eine ganze Anzahl von Kandidaten zu wählen. Wieviel jeder Partei zukommen, das machen die Parteien unter sich aus.

Die Verhältnis- oder Parteiwahl ist aber auch notwendig wegen unserer republikanischen Staatsverfassung. Ich könnte auch sagen: wegen der demokratischen Verfassung des neuen Staates. Wir wollen ja einen reinen Volkstaat. Demos heißt Volk. Im ersten Brief habe ich Dir auseinandergesetzt, daß zum Volk nicht bloß die freien sog. „breiten Massen“, sondern auch die oberen Stände, die Adeligen und die Fürsten gehören. Sie werden als Aristokraten bezeichnet. Man kann auch von „Weissen Aristokraten“, den Hochgebildeten und deshalb Hochgestellten sprechen. Doch hat das hier nicht viel zu sagen. Das von Bismarck aufgeführte deutsche Reich hat beide Teile des Volkes gleichmäßig berücksichtigt. Er hat sämtliche regierenden Fürsten (oder Regierungen, also auch die republikanischen „freien Städte“) im Bundesrat durch eine ihrer Größe entsprechende Anzahl von Bundesratsmitgliedern vertreten lassen. Ebenso ließ er eine der Volkszahl ungefähr entsprechende Reichstag durch das Volk selbst direkt durch Abstimmung wählen. Man hätte dann in jedem Land wieder ein Zweikammersystem. Der Bundesrat und im Reich der Kaiser stand über beiden (vertreten durch den Kaiser oder den Ministerpräsident). Die Minister als Vertreter des Kaisers, die er selbst zu bestimmen hatte, bildeten die eigentliche Regierung. Sie besorgten die Verwaltungs- und Verwaltungsgeschäfte und wurden darin von Bundesrat und Reichstag beraten. Was der Reichstag beschließt, kann erst zum Gesetz werden, wenn der Bundesrat stimmt. Ebenso ist bei der 1. und 2. Kammer in Württemberg, beim Herren- und Abgeordnetenhaus in Preußen. Die Bismarcksche Verfassung geht also auf zwei Füßen. Der Monarch und das Volk in seinen beiden Vertretungen kommen zur Geltung. Das war die konstitutionelle Monarchie. Die Revolution hat sie gestürzt. In ihr hatte

die Demokratie aus mitleidigen, deswegen hat es schon immer eine demokratische Partei gegeben. Jetzt soll die reine Demokratie zur Durchführung kommen. Auf dem Volk als der „breiten Masse“ soll der Wille zum Staat hervorgeholt werden. Man nimmt an, daß das Volk in seinen unteren und mittleren Ständen 90—95 Proz. des ganzen Volks ausmachen. Die restlichen 10 oder 5 Proz. sollen eben außer Betracht bleiben oder sich nach unten hin anschließen. Kaiser und regierende Fürsten kann es in der Republik deshalb nicht mehr geben. Das Volk wählt also seine Abgeordnete durch die Parteiwahl. Sind die Parteimänner gewählt, so wählt die Partei für sich ihre Führer. Aus den Parteiführern wird durch Mehrheitsbeschlus das Ministerium gewählt. Oder wählen die Parteiführer den Präsidenten und dieser bestimmt einen Führer aus der Mehrheitspartei, der dann aus den übrigen Führern sich ein Kabinett bildet. Wie das im einzelnen gemacht wird, bestimmt die Verfassung. Die Hauptsache ist, daß die Minister eben aus dem Reichstag genommen und von diesem mit Rücksicht auf die Parteistärke bestimmt werden. Das heißt man Parlamentarismus. Hier ist die Regierung oder Obrigkeit aus dem Volkswillen hervorgegangen. Sie steht und fällt mit diesem. Deshalb sagt man, der „Obrigkeitstaat“ sei beseitigt und an seine Stelle der Volkstaat getreten. In wie oder nach wie vor eine Obrigkeit brauchen, so ist das Land nicht genau. Ebenso deutlich kann es, wenn gezeigt wird, das Volk habe nun sein Recht erhalten oder es regiere sich selbst. In der Politik scheinen solche Schlagwörter unvernünftig zu sein, nicht zu ihrem Vorteil. Man sucht damit nicht auf den Bestand, sondern auf das Begehren einzuwirken. Man will für die Partei werben, damit ihr Anhang möglichst groß werde. Je mehr Abgeordnete eine Partei stellt, um so mehr hat sie andern Parteien gegenüber zu gelten. Aus den Parteien werden die Minister genommen, die größte Partei stellt den Präsidenten. Wie haben also in Zukunft die Parteiregierung, deshalb haben die Wahlen und die Parteien vielmehr zu bedeuten als früher. Weil man sich eine Partei auswählen muß so ist durchaus notwendig, daß man die Parteien, ihre Grundsätze und Forderungen, d. h. ihr Programm lenkt.

Damit genug für heute.

Es grüßt Dich herzlich

Dein Vater.



Der deutsch-polnische Krieg.

Bromberg, 16. Jan. (Amtlich.) Gestern nachmittag breiteten polnische Banden Bahn- und Straßenbahnlinie südlich Neyswalde. Die Nacht verlief ruhig.

Danzig, 17. Jan. Die Polen rufen alle Männer zwischen dem 18. und 42. Lebensjahr zu den Waffen.

Batocki Volkswehrrmann.

Königsberg, 16. Jan. Oberpräsident von Ostpreußen erläßt einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreussische Volkswehr, an dessen Schluß es heißt: Weil die Zeit weniger ermahnende Worte als beispielgebende Taten erfordert, werde ich selbst anfangs Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Amtsgeschäfte vorläufig wohl fertig sein werde und wo es an der Grenze wohl ernst werden wird, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswehr eintreten und zwar, da es mir an der zur Truppenführung vor dem Feind nötigen Grunderfahrung fehlt, als einfacher Soldat.

Die Linie Niga-Danaburg-Wilna ist von 50.000 Mann bolschewistischer Truppen überschritten worden. Eine wesentliche Verstärkung dieser Truppen ist vorerst unmöglich, solange die Sowjetregierung an den verschiedenen Fronten um ihr Bestehen kämpfen muß. Trotzdem besteht für Ostpreußen die schwerste Gefahr völliger Ueberflutung und Vernichtung, wenn nicht alle wehrfähigen Ostpreußen dem Ruf zum Eintritt in die freiwillige Volkswehr schleunigst folgen.

Maßzüge der Spartakisten.

Duisburg, 16. Jan. Im Laufe der Unruhen der letzten Woche hat die hiesige Spartakusgruppe die Uebernahme der öffentlichen Gewalt, die Handhabung des Sicherheitsdienstes, die Abiegung von Beamten und die Auflösung des Arbeiterrats geordert. Diese Forderungen sind von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat abgelehnt worden. Es wurde der Spartakusgruppe „nur“ zugestanden, in dem von ihr besetzten Haus der „Volksstimme“ eine Hauswache zu halten. Diese Hauswache sollte jedoch das Haus bewachen nicht verlassen. Schon am folgenden Tag wurde diese Abmachung durchbrochen. Es ist festgestellt, daß die Wache auf Grund eines vorbereiteten Plans bewaffnet in einem Auto einen Bandenraub in die Umgebung veranstaltete, wobei sie in Angermünde die Stationskasse und das Postamt brannte und Lebensmittelgeschäfte plünderte. Infolgedessen wurde die Wache heute entlassen und aufgelöst. Damit ist die Ruhe und Ordnung in Duisburg völlig wiederhergestellt. Die „Volksstimme“ ist heute wieder an ihren alten Bestplatz übergegangen.

Besetzung von Duisburg.

Duisburg, 16. Jan. Als Vortruppen der angehenden feindlichen Besetzung sind heute 6 Offiziere (Franken, Belgier, Engländer und Amerikaner) mit zunächst 25 Mannschaften hier eingetroffen. Im Falle weiterer Unruhen ist die allgemeine Besetzung von Duisburg angedroht.

Hamborn, 16. Jan. Heute morgen sind Regierungstruppen in Stärke von etwa 50 Mann in die Kolonie der Stadtblange Vohberg eingesetzt, um in den Häusern Nachsuchungen nach Waffen der Spartakisten vorzunehmen. Die Spartakisten, an der Spitze der Arbeiterrat, sind in die Grube eingezogen und haben die Besatzung von etwa 2000 Mann gezwungen, die Arbeit niederzuliegen. Die Spartakisten bewaffneten sich danach mit Maschinengewehren und Handgranaten und stellten Patrouillen rund um den Ort auf. Die Regierungstruppen sind nach Dinslage abgezogen.

Effen, 17. Jan. Der Bergbauverein in Effen hat an den Volksebeauftragten Ebert in Berlin ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Der größte Teil der Bergschafften sieht sich mit Entrüstung an der Fortsetzung oder der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Die öffentlichen Gewalten verfügen vollständig. Wir bitten um Interesse der Arbeitwilligen, von dort aus für Hilfe und Wiedergutmachung der eingetretenen Schäden zu sorgen.

Der Völkerverbund.

Paris, 17. Jan. Der von Clemenceau ernannte Ausschuß hat fünf Berichte über den zu gründenden Völkerverbund ausgearbeitet, die zurzeit der Beratung durch die Verbündeten unterliegen. (Clemenceau wünschte ursprünglich keinen Völkerverbund, sondern ein Bündnis der Völker, dessen Zweck die Niederhaltung Deutschlands wäre.)

Oberst Gause †.

Paris, 17. Jan. Nach einem in Paris eingetroffenen drastischen Bericht ist Oberst Gause, der Vertrauensmann Wilsons, plötzlich gestorben.

Abbefürderung der italienischen Gefangenen.

Bern, 17. Jan. Italienischen Blättern zufolge will Italien Eisenbahnzüge über Tirol nach Deutschland schicken, um seine dort befindlichen Kriegsgefangenen schneller nach der Heimat bringen zu können.

Landesnachrichten.

Altensieck 18. Januar 1918.

Die württ. Verlustliste Nr. 737 enthält u. a. folgende Namen: Otto Seibt, Valesbrunn, in Gefgsh. Lamb. Adolf Voz, Altensieck Stadt, l. verw. v. d. Fr. Gebr. K. Dürschmabel, Altensieck Stadt, schw. verw. Eugen Gaus, Sulz, Nagold, l. verw. Wilhelm Nähr, Bari, l. verw. Ernst Hoer, Eßlingen, l. verw. Adam Raimbach, Simmersfeld, schw. verw. Gebr. Wilhelm Stoll, Bellingen, l. verw. Gebr. Wilhelm Ott, Sulz, Nagold, l. verw. Wilhelm Köhler, Dornstetten, leicht verw. Heinrich Hörmann

Sulz, Nagold, l.w. verw. Heinrich Rüste, Altensieck, gef. Georg Stempfle, Eßlingen, schw. verw. Alfz. Chr. Diezling, Hallertal, l. verw. Gottlieb Ingerer, Calw, gef. Eugen Häber, Altensieck, inf. Unplikfall gestorben.

Die württ. Verlustliste Nr. 738 enthält u. a. folgende Namen: Josef Dw. Offiz. Stellw. Gustav Appenzeller, Lützenhardt, inf. Krankh. gef. Edu. d. N. Theodor Wildmaier, Schönbrunn, schw. verw. Karl Schmeltz, Oberal, l. verw. in Gefgsh. Gottlob Köhler, Dietrichsweiler, verw. Ernst Brann, Mörstschach, in Gefgsh. Gebr. Johs. Möhle, Eßlingen, schw. verw. und vermisst. Eugen Möhle, Calw, verm. Ulrich Hamm, Unteratheim, l. verw. San.-Mittl. Michael Büste, Gündringen, biß. schw. verw., gef. Gebr. Friedrich Frey, Schwarzenberg, Freudenstadt, schwer verw. Gottfried Schmiele, Calw, vermisst. Karl Dürr, Schönbrunn, l. verlegt. Gebr. Gottfried Zeittler, Oberbrunn, l. verw. Wilhelm Günther, Konnenmsh, l. verlegt. Alfz. Karl Walz, Waldorf, l. verw. Alfz. Otto Demmingler, Nagold, vermisst. Sergt. Karl Bolt, Adelberg, l. verw.

dd. Vor der Entscheidung. Auf den heute Abend im Saal des „Grünen Baum“ hier stattfindenden Vortrag von Parteiführer Doyl, über das Thema „Vor der Entscheidung“ sei noch besonders aufmerksam gemacht. Siehe auch Inserat!

Vom Württ. Landstr. Inf. Regt. 18. Der derzeitige Regimentsführer, Hauptmann Hauff, telegraphiert unterm 14. Jan. aus Romel, daß der Regimentsstab mit dem I. Bataillon der 1. RMK., 11. und 12. Komp. sowie Verspannen des II. und III. Bataillons (insgesamt 38 Offiziere und 764 Mann) am 2. Jan. dort eingetroffen ist. Ein Zug der 6. Komp. ist noch im Bahnhof bei Breitenbrunn, wird aber mit dem Regiment, wie dieses hofft, demnächst in die Heimat weiterbefördert werden. Das II. Bataillon und einzelne Teile des III. sind betanlich bereits in den Weihnachtsfeiertagen in Eßlingen eingetroffen und dort aufgelöst worden.

- Neberangebot von Schlachtwieh. Trotz des wiederholten Warnung durch die bayerische Fleischversorgungsgesellschaft hält die Abholung von Vieh an. Die Folge wird ein Mangel an Schlachtwieh im Frühjahr sein, wo wegen Mangels an Brot und Kartoffel der Bedarf an Schlachtwieh größer ist. Die Fleischversorgungsgesellschaft warnt nochmals vor der Abschichtung von Vieh und droht, wenn auch diese Mahnung nichts hilft, die Viehpreise herabzusetzen.

- Der Erzeugerhöchpreis für Futtermittel wurde von der bad. Gemüeverforgung einschl. der besondern Vergütung und des Einmietezuschlags auf 3 Mk. für den Zentner festgesetzt.

(-) **Stuttgart, 17. Jan.** (Soldatenrat.) Gestern mittag fand eine Versammlung der Stuttgarter Soldatenräte statt, in der Kamerad Bislinger über die Vorgänge der letzten Woche berichtete. Er führte u. a. aus: In Spartakistenversammlungen ist hin und wieder erklärt worden, sie wollten diesmal ganze Arbeit machen und wenn man bis an die Knie im Blut waten müßte. In der Colonnade wurde ein Leutnant von den Spartakisten totgetreten und einem selbigen Studenten, der als Sanitäter dem sterbenden Offizier Hilfe leisten wollte, wurde hauptsächlich ein Arm vom Leibe gerissen. Die Spartakisten haben durchgeleiert, daß in die Kommission, die darüber zu entscheiden hat, wenn die Sicherheitskompanie eingegriffen hat, ihre Genossen Schreiner und Lützel aufgenommen werden mußten. Schreiner stellte dann auch bei der Regierung den Antrag, den Spartakisten 1000 Gewehre und Munition anzufolgen. In einer Entschlußfassung billigen die Soldatenräte das Vorgehen gegen die Spartakisten und versprechen ihre Bestreben zur Sicherung der Ordnung in den Wahlen zur Nationalversammlung. - Die Landesversammlung der württ. Soldatenräte findet am 21. Januar im Sieglhaus hier statt.

(-) **Heilbronn, 17. Jan.** (Berufung.) Seminaroberlehrer Gahmann hier ist dem Vernehmen nach als Hilfsarbeiter in den Loang, Oberschulrat berufen worden.

(-) **Münchingen, 17. Jan.** (Selbstmord.) O. Thoma, Inhaber des Hardthotels, hat sich erschossen.

Wahlvorschlüge für die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

für die am Sonntag, den 19. Jan. 1919, stattfindende Wahl

- I. Wahlvorschlüge von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württembergs.
 1. Rehn, Mrs. Schriftföhrer, Sillenbach.
 2. Schwab, Wilhelm, Buchbinder, Heilbronn.
 3. Crispian, Peter, feilher Mitglied d. prov. Regierung in Stuttgart.
 4. Reiser, Anna, Hausfrau, Heilbronn.
 5. Holala, Ferdinand, Betriebsbeamter, Cannstatt.
 6. Wörner, Robert, Arbeiter, Stuttgart.
 7. Töhring, Sophie, Lehrerin, Stuttgart.
 8. Reinhardt, Ludwig, Buchbinder, Lengenau a. B.
 9. Knack, Gottlieb, Kreisbauinspektor, Eßlingen.
 10. Wilmmer, Karl, Geschäftsbekannt, Gmünd.
 11. Schuler, Emil, Klaviermacher, Ruffenhäuser.
 12. Meier, Karl, Fräulein, Hohenhausen.
 13. Weyer, Josef, Schneider, Ulm.
 14. Heindel, Emil, Werkzeugföhrer, Eßlingen.
 15. Weiser, Erich, Werkzeugmacher, Eßlingen.
 16. Stalger, Gottlieb, Dreher, Schwemlingen.
 17. Silberhorn, Karl, Eisarbeiter, Eßlingen.
- II. Wahlvorschlüge von der deutschen Friedenspartei.
 1. Knapp, Paul, Farmer in Riemels, Oß. Ravensburg.
- III. Wahlvorschlüge von der deutschen demokratischen Partei.
 1. Beyer, Friedrich, Geheimer Rat, Stuttgart.
 2. Duschmann, Conrad, Staatssekretär a. Z., Rechtsanwalt, Stuttgart.
 3. Wieland, Philipp, Dr. Ing. Fabrikant und Gemeinderat, Ulm.
 4. Hermann, Karl, Handelskammersekretär, Vorsitzender des Mittelschulrats, Neulingen.

5. Klauß, Matzle, Schriftföhrer in Korntal.
6. Feuß, Theodor, Dr., Schriftföhrer, Heilbronn-Friedmann.
7. Herrmann, Hugo, Landwirt und Bauernrat, Heilbronn Oß. Gerabronn.
8. Paß, Heinrich, Oberinspektor a. Z., Stuttgart.
9. Lorenz, Julius, Schlosser-Ennenmeister, Stuttgart.
10. Dandl, Clara, Frau, Eßlingen.
11. Guntz, Hermann, Gastwirt und Gemeinderat, Eßlingen.
12. Sauer, Adolf, Rechtsanwält in Hechingen (Hohenloher).
13. Bannolt, Frh. Adalbert, Heilbronn.
14. Gahrman, Ernst, Eisenarbeiter, Stuttgart-Korntal.
15. Schöber, Martha, Hausfrau, Stuttgart.
16. Bud, C., Christoph, Hauptlehrer, Heppingen, Oß. Wamborn.
17. Fischer, Johannes, Parteiföhrer, Stuttgart.

IV. Wahlvorschlüge von der Württembergischen und Hohenzollerischen Zentrumspartei.

1. Gröber, Adolf, Staatssekretär a. Z., Heilbronn a. N.
2. Enderger, Matzle, Staatssekretär, Berlin-Charlottenburg.
3. v. d. Joch, Adalbert, Landwirt, Stuttgart.
4. Bels, Eugen, Richter, Heilbronn a. N.
5. Eyer, Hermann, Landwirt, Heilbronn bei Heilbrunn (Hohenloher).
6. Reib, Franz, Quittmeister und Landwirt, Oberhausen, Oß. Lengenau.
7. Mayer, Albert, Rentmeister, Eßlingen.
8. Frau Gaus, Hans, Postbetriebsinspektorgattin, Ulm a. D.
9. Mayer, Robert, Landwirt und Quittmeister, Pommertsweiler, Oß. Walen.
10. Weisler, Ernst, Buchbindermeister, Schw. Gmünd.
11. Jander, Gustav, Schriftföhrer, Stuttgart.
12. Frau Schneider, Clara, Hauswirtschafterin, Heilbronn.
13. Kutter, Josef, Gärtner, Stuttgart-Obereisingen.
14. Haber, Anton, Kupferarbeitenmeister, Heilbronn a. N.
15. Süß, Wilhelm, Fabrikarbeiter, Heilbronn, Eßlingen.
16. Ott, Albert, Schlossermeister, Heilbronn.

V. Wahlvorschlüge von der Sozialdemokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns.

1. Reil, Wilhelm, Redakteur und leitender Reichstagsabgeordneter, Ludwigsburg.
2. Müntz, Karl, Geschäftsföhrer der Volkskass., und leit. Reichstagsabgeordneter, Hamburg.
3. Salvi, Albert, Mechaniker, Wengen-Stuttgart.
4. Schick, Alexander, l. Botl. d. Deutschen Metallarbeiterverbands, Stuttgart.
5. Kemper, Gottlieb, Kreisföhrer und Gemeinderat, Eßlingen.
6. Steinmayer, Otto, Gewerkschaftssekretär, Stuttgart.
7. Bloß, Anna, Schriftföhrerin, Dornbach-Stuttgart.
8. Kemper, Ernst, Sekretär der Württ. Konsumvereine, Stuttgart.
9. Dente, Max, Schriftföhrer, Ulm a. D.
10. Wastutat, Hermann, Arbeiterföhrer, Stuttgart.
11. Sperts, Karl, Handbuhfabrikant, Stuttgart.
12. Bauscher, Karl, Schlosser, Ulm a. D.
13. Schöbe, Hermann, Polizeiföhrer, Schwemlingen.
14. Pauer, Albert, Porzellanwaler, Schwemlingen, Oß. Oberdorf.
15. Kögler, Carl, Kronenbräuhaus, Heilbronn.
16. Wöner, Otto, Parteiföhrer, Stuttgart.
17. Frey, Karl, Buchbindermeister, Stuttgart.

VI. Wahlvorschlüge von der Württ. Bürgerpartei und des Württ. Bauer- und Weinbauverbands.

1. Knaus, Heinrich, Rechtsanwalt, Stuttgart.
2. Bogt, Wilhelm, Detektiv, Landwirt, Kochen.
3. Böttcher, Wilhelm, Diplomingenieur, Professor, Stuttgart.
4. Bogt, Friedrich, Landwirt und Schriftföhrer, Bittelbrunn.
5. Frau Weber, Johanna, Heilbronn.
6. Kemper, Georg, Kompletat, Stuttgart.
7. Albrecht, Heinrich, Weinbau, Heilbronn.
8. Strömsfeld, Gustav, Rechnungstat, Stuttgart.
9. Schöbe, Robert, Bauernrat und Quittmeister, Wengen.
10. Siller, Friedrich, Schneidermeister, Ludwigsburg.
11. Dörfler, Karl, Domknecht, Bauhof Schwemlingen.
12. Schmidt, Friedrich, Staatsanwält, Berlin, a. Z. Stuttgart.
13. Bauscher, Wilhelm, Quitt- und Buhfabrikant, Heilbr. Oß. Gmünd.
14. Knapp, Josef, Kulturmeister, Neulingen.
15. Baumgartner, Gottlieb, Postfist und Landwirt, Stuttgart.
16. Schmid, Josef, Landwirt als Privat, Heilbronn.
17. Schürten, Gust, Dr., Obermedizinalrat, Stuttgart.

Letzte Nachrichten.

WBA. Homburg, 18. Jan. In einer Abendversammlung der Kommunisten in der großen Halle der Edele teilte ein Redner mit: Die Komitee der Arbeiter des Reichstags beschloß, für Homburg, Altra und Umgegend für heute Sonntagabend den allgemeinen Ausstand u. eine große Kundgebung aus Sympathie für Liebknecht und Rosa Luxemburg.

London, 18. Jan. Die Blätter melden aus Paris, wie verlautet, habe die Konferenz in Venedig beschlossen, daß die britische Flotte nach Karri fahren und dort an den französischen Admiral Gaultier ausgeliefert werden soll, in ähnlicher Weise wie das mit der deutschen Flotte an Beatty geschah.

Berlin, 18. Jan. Der geistige Abend ist bis Mitternacht im Zeitungsviertel ruhig verlaufen.

Berlin, 18. Jan. Wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Basel berichtet wird, beschloß die britische Regierung, dem Marin folgen, während ungefähr 6 Monaten eine Besatzungsmarine am Rhein zurückzulassen, die mit den übrigen Alliierten zusammenwirken werde. Die Armee soll nicht groß sein, jedoch aus ausgewählten Mannschaften bestehen, die erhöhten Sold erhalten.

WBA. Berlin, 18. Jan. In der vergangenen Nacht versuchten vier Spartakusführer, die während der Spandauer Spartakistenmorde dort verhaftet worden waren, im Tegeler Forst einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schloß, als die Flüchtlinge auf Arruf nicht stehen blieben, auf sie und tötete die vier Fliehenden.

Berlin, 18. Jan. Wie der Berl. Lokalanzeiger erfährt, hat sich die Regierung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammenzutreten zu lassen.

Druk und Verlag der W. Heilbr. Buchdruckerei Altensieck
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig A u L.

Hierzu eine Beilage der Württ. Bürgerpartei.

== Wahl = Aufruf ==

der Deutschen demokratischen Partei Calw.

Wähler und Wählerinnen!

Die Entscheidungstunde naht!

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen, die zweite folgt am

Sonntag, den 19. Januar.

Die wichtigste Entscheidung steht bevor. Es gilt jetzt für das ganze deutsche Reich eine Regierung zu wählen, die dem Volk Frieden, Ordnung, Lebensmittel und Arbeit geben soll.

Die Deutsche demokratische Partei ruft alle staatserkhaltenden Männer und Frauen zur Beteiligung an der Wahl zur deutschen National-Versammlung und zur Abgabe des Deutschen demokratischen Wahlzettels auf.

Die Wahlen zur deutschen National-Versammlung sind von ungeheurer Wichtigkeit,

denn von ihnen hängt es ab, ob Deutschland, das infolge der verruchten Herrschaft der unabhängigen Sozialisten im Staube liegt, wieder ein geordnetes Staatswesen aufbauen kann.

Unsere Feinde warten das Ergebnis der Wahl mit scharfem Blick ab und treffen darnach ihre Maßnahmen.

Sie erklären immer und immer wieder: **Ohne Beseitigung der radikalen Sozialdemokratie gibt es keinen Frieden und kein Brot.**

Wir brauchen aber Frieden, weil wir in allererster Linie Nahrungsmittel nötig haben, denn sonst droht unserem ganzen deutschen Volke der Hungertod.

Wir brauchen den Frieden, damit wir unsere Grenzen beschützen und nicht ein Stück deutschen Landes um das andere verlieren sollen.

Wir brauchen den Frieden, damit wir vom Auslande Rohstoffe erhalten und unsere Millionen von Arbeitern, Handwerkern und Gewerbetreibenden lohnend beschäftigen können.

Schon während des Kriegs ist die Deutsche demokratische Partei immer und immer wieder bestrebt gewesen, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen und dem Volk die Segnungen des Friedens zuteil werden zu lassen.

Sie ist unermüdblich tätig gewesen, um den schauerhaftesten Greueln des Kriegs ein Ende zu machen. Ihren Bemühungen ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde und unsere Soldaten in die Heimat zurückkehren durften.

Die Deutsche demokratische Partei hat bei den Landtagswahlen unter den bürgerlichen Parteien die erste Stelle eingenommen und die meisten Vertreter erhalten.

Dieses glänzende Ergebnis beweist, daß das Volk die Ziele unserer Partei für richtig anerkannt hat und daß es ihr den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf freiheitlicher Grundlage ermöglichen will.

Soll Deutschland wieder groß und mächtig werden, so kann dies nur von einer Partei erreicht werden, die im Volke selbst wurzelt und lebt und ihre Kräfte aus dem Volke erhält.

Diese Partei ist allein die Deutsche demokratische Partei.

Sie bekämpft die Sozialdemokratie aller Richtungen, denn diese hat zum Ziel die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, also der Werkzeuge und Maschinen des Handwerkers und des gewerblichen Mittelstandes und des Grund und Bodens des kleinen Bauern. Sie bekämpft die Sozialdemokratie, weil diese die Trennung der Kirche, Staat und Schule in kirchen- u. religionsfeindlichem Sinne durchsetzen will.

Sie bekämpft aber auch die Bürgerpartei und die verschiedenen Bauernbünde, weil diese Klassegegensätze und nicht Klassenverbündung schaffen, den Militarismus verteidigen u. für möglichste Schonung des Kapitalismus eintreten.

Was fordert aber die Deutsche demokratische Partei?

- 1) Scharfe Erfassung des Kapitals zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens.
- 2) Freiheitlichen Aufbau des Staates auf den Schultern des ganzen Volkes.
- 3) Trennung der Kirche vom Staat unter Herausgabe des Kirchenguts oder Gewährung einer angemessenen Rente.
- 4) Konfessionellen Religionsunterricht in der Schule und volle Glaubensfreiheit.
- 5) Beibehaltung des Privateigentums und Anantastbarkeit der Kriegsanleihen, der deutschen Staats- und Wertpapiere und der Sparkasseneinlagen.
- 6) Unbedingte Erhaltung eines freien Bauern- und Handwerkerstandes und Sicherstellung der Rechte der Beamten, Unterbeamten und staatlichen Arbeiter.
- 7) Ausgiebige Arbeitsgelegenheit und anständiges Auskommen für jeden Arbeiter.

Die Wahlen zum Landtag haben leider gezeigt, daß sehr viele Soldaten und Kriegsteilnehmer aus Ärger über schimpfliche Behandlung und sehr viele Bauern aus Mißmut über ansehenslose Bevormundung und drückende Vorschriften ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben und dieser Umsturzpartei eine große Zahl von Abgeordneten zugeführt hat.

Die Mißstimmung vieler Wähler ist zu verstehen, aber diese darf nicht dazu führen, einer Partei die Stimme zu geben, die die Hauptgegner eines freien Bauern- und Handwerkerstandes ist. Die Folgen dieser momentanen Verärgerung und die Zuneigung zur Sozialdemokratie werden sich bei den Schatzgesetzen für die Landwirtschaft u. den Mittelstand in schwerster Weise geltend machen.

Jeder Bauer und Handwerker, der seine Stimme für die Sozialdemokratie abgibt, betrügt sich selbst um seinen Fleiß und schädigt seine eigenen Kinder und bringt sie für die Zukunft in größte Gefahr.

Wer sein Volk und seine Familie lieb hat, der wähle die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei.

Je stärker diese Partei ist, desto sicherer wird sich eine arbeitsfähige Mehrheit ergeben, die Deutschland wieder in den Sattel hebt.

Alle Stände unseres Volkes sollen wieder ein Heim finden, das jedem deutschen Bürger eine traute Wohnstätte für seine Familie bieten soll.

Wenn auch schwere Zeiten kommen werden, so wollen wir tres zusammenstehen für das Reich, für die Heimat, für deutsches Wesen, für unser Volk und für unsere höchsten, heiligsten Güter.

Darum auf zur Wahl und gebt Eure Stimmen ab für die

Deutsche demokratische Partei.